



79. Jahrgang / November 2006

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEANGELEGENHEITEN

INHALT

- | | |
|---|---|
| 51. <i>Häusliche Gewalt – Kinder als Opfer und Zeugen!</i> | 55. <i>Hinweis:
mobile – Impulse für eine nachhaltige Mobilität</i> |
| 52. <i>Unterstützung von Integrationskindergärten
und -gruppen</i> | 56. <i>Beleuchtung von Schutzwegen –
Förderoffensive des Landes Tirol</i> |
| 53. <i>Erdverlegte Heizöltanks
und das Tiroler Heizungsanlagengesetz</i> | |
| 54. <i>Datenschutzrechtliche Beurteilung der Übermittlung
von personenbezogenen Daten durch eine Gemeinde an Dritte</i> | <i>Verbraucherpreisindex für September 2006
(vorläufiges Ergebnis)</i> |

51.

Häusliche Gewalt – Kinder als Opfer und Zeugen!

Die Interventionsstelle, die Kinder- und Jugendanwältin und die Abteilung Jugendwohlfahrt haben die Trägerschaft für das Projekt „Häusliche Gewalt – Kinder als Opfer und Zeugen“ übernommen und im Oktober 2006 mit einem Fortbildungstag für KindergartenleiterInnen und KindergärtnerInnen im Bezirk Imst gestartet.

Der Fortbildungstag hat deutlich gemacht, wie wichtig dieses Thema in der Praxis der Kindergärten (und Schulen) ist.

Seit dem Jahr 1989 sieht der Gesetzgeber – mit der Bestimmung des § 146a ABGB – ausdrücklich die Anwendung von Gewalt und die Zufügung körperlichen oder seelischen Leides in der Erziehung von Kindern und Jugendlichen als unzulässig an. In den Erläuternden Bemerkungen wird dazu ausgeführt, dass damit nicht nur die Körperverletzung und die Zufügung von körperlichen Schmerzen („g’sunde Watschn“) gemeint ist, sondern auch die der Menschenwürde im Sinne der EMRK verletzende Behandlung (bspw. schwere Beschimpfung, Demütigung oder Verspottung); dies wohl auch dann, wenn ein solches Verhalten vom Kind im konkreten Fall nicht als „Leid“ empfunden werden sollte. Auch das Tiroler Jugendwohlfahrtsgesetz 2002 (TJWG 2002) hat in seinem § 2 den Grundsatz der gewaltlosen Erziehung verankert.

Dass Erziehungsberechtigte im Rahmen ihrer Erziehung auch an persönliche Grenzen stoßen und gefor-

dert sind, wird nicht in Abrede gestellt. Wesentlich ist jedoch die kritische Selbstreflexion der Erziehungsperson, die Beachtung des Kindes als eigene und zu fördernde Person und erforderlichenfalls auch die Bereitschaft zur Inanspruchnahme einer Beratungsstelle, um offene Fragen der Erziehung mit Fachpersonen zu besprechen. Das Bemühen von Erziehungsberechtigten um eine Konfliktlösung ohne Gewaltanwendung und verletzender Behandlung muss im Vordergrund stehen!

Für die Tätigkeit des Jugendamtes im Rahmen der Sicherung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen und der Stützung von Eltern ist entscheidend, dass KindergärtnerInnen und EntscheidungsträgerInnen in Gemeinden die Bestimmung des § 37 Abs. 1 des Jugendwohlfahrtsgesetzes, BGBl. Nr. 161/1989 i. d. g. F., kennen. Danach ist u. a. die Leiterin des Kindergartens verpflichtet, im Fall der Gefährdung eines Kindes eine Meldung an das zuständige Jugendamt zu erstatten bzw. weiterzuleiten! Dabei kann auch das zeitliche Moment eine Rolle spielen. Den Kindergartenleiterinnen stehen für ihre Einschätzung und Entscheidung die Kindergarteninspektorinnen, die einschlägigen Beratungsstellen des Bezirkes wie der Kinderschutz und die Erziehungsberatungsstelle sowie das zuständige Jugendamt zur Verfügung.

Genau Zahlen, wie viele Kinder in ihren Familien Gewalt – häufig auch als Zeugen, nicht selten als direkte Opfer – erleben, gibt es nicht. Welche Form von Gewalt

jedoch immer ausgeübt wird, jede hat negative Auswirkungen auf die Gesundheit, die psychosoziale Entwicklung und das Selbstwertgefühl der betroffenen Kinder. Diese so gering wie möglich zu halten, gegebenenfalls geeignete Schutzmaßnahmen zu ergreifen und – soweit möglich – in Richtung Gewaltprävention zu arbeiten, ist eine zentrale Aufgabe aller in der Projektgruppe vertretenen Einrichtungen. Um dies möglichst weitreichend erfüllen zu können, ist eine professionelle, transparente Zusammenarbeit mit all jenen Fachkräften notwendig, die den außerfamiliären Alltag von Kindern gestalten und begleiten. Sie sind es, die häufig als Erste mit Hinweisen auf familiäre Gewalt konfrontiert werden.

Diese zu erkennen, den betroffenen Kindern Stütze zu sein und falls notwendig, Schutzmaßnahmen einzuleiten,

stellt eine hohe Anforderung dar, nicht zuletzt deshalb, weil ein Schritt zuviel oder zur falschen Zeit für das betroffene Kind mehr Schaden als Nutzen bringen kann.

Die Bürgermeister/innen und die anderen GemeindevertreterInnen sind daher als Entscheidungsträger und als Multiplikatoren gefordert, eine klare Position zur gewaltfreien Erziehung einzunehmen und ihren Kindergartenleiterinnen und Kindergärtnerinnen den Rücken zu stärken!

Literatur: Auf die Studie des Institutes für Konfliktforschung „Kosten häuslicher Gewalt in Österreich“, Wien, Juni 2006, wird hingewiesen;

im Internet: www.bmsg.gv.at/cms/site/attachments/7/6/1/CH0007/CMS1152689606565/kosten.pdf

Abteilung Jugendwohlfahrt

52.

Unterstützung von Integrationskindergärten bzw. -gruppen

Das Land Tirol bezahlt auf der rechtlichen Grundlage des Tiroler Rehabilitationsgesetzes den Mehraufwand für die Betreuung behinderter Kinder in Integrationskindergärten bzw. -gruppen. Wesentliche Merkmale dieser Gruppen sind die Gesamtanzahl von höchstens 15 Kindern und die Teilnahme von höchstens drei behinderten Kindern je Gruppe. Die Abwicklung dieser Rehabilitations-Maßnahme und Abrechnung des (Mehr-)Aufwandes wird im Folgenden dargestellt.

Die laufende pädagogische und räumliche Überprüfung sowie die Führung des Verzeichnisses von Integrationskindergärten bzw. -gruppen obliegt wie bisher der Abteilung Bildung im Rahmen der Kindergarteninspektion. Nach Vorliegen aller Anmeldungsdaten – etwa Ende September – übermittelt die Abteilung Bildung der Abteilung Soziales amtsintern die Namen, Standorte und die Anzahl der Integrationsgruppen der betreffenden Kindergärten. Da alle Kindergärten im Zuge der Kindergarteninspektion laufend eingehend geprüft werden, wird auf eine gesonderte Eignungsfeststellung nach den Vorschriften des Tiroler Rehabilitationsgesetzes verzichtet.

Die Rehabilitationsmaßnahme selbst ist dem einzelnen Behinderten zu gewähren. Für jedes einzelne, in eine Integrationsgruppe aufzunehmende behinderte Kind müssen die Erziehungsberechtigten einen Antrag auf Unterstützung nach dem Tiroler Rehabilitationsgesetz stellen. Das Antragsformular kann unter der Internet-Adresse <http://www.tirol.gv.at/fileadmin/www.tirol.gv.at/themen/gesellschaft-und-soziales/soziales/downloads/antrreha.pdf>

abgerufen werden. Das Formular ist in Papierform auch bei der Abteilung Soziales und den Bezirkshauptmannschaften erhältlich.

Die Abrechnung des Mehraufwandes erfolgt nach der Gewährung der Maßnahme direkt mit der Gemeinde. **Der vom Land Tirol gewährte Zuschuss** bemisst sich an den zusätzlichen Personalkosten (Zulage für Sonderkindergärtner/in sowie die Kosten für eine/n Kindergartenhelfer/in) in Integrationskindergärten bzw. -gruppen und **beträgt derzeit pro behindertem Kind und Tag € 44,85.**

Bei durch Krankheit bedingter Abwesenheit eines Kindes mit Behinderung an Öffnungstagen des Integrationskindergartens kann eine Platzhaltegebühr von 80% für eine Dauer von max. 30 Tagen pro Kind und Kindergartenjahr in Rechnung gestellt werden.

Für allfällige Rückfragen stehen Ihnen unsere Mitarbeiterinnen gerne unter folgenden Rufnummern zur Verfügung:

- für Fragen der Abrechnung:
Frau Sonja Mair unter 0512-508-2608
- für Fragen betreffend einzelne Genehmigungen:
Frau Maria Reiter unter 0512-508-2612

Erinnert wird an den Kindergartenversuch „Einzelintegration im Kindergarten“, der wie bisher ausschließlich über die Abteilung Bildung organisiert und finanziert wird. Im Gegensatz zu Integrationsgruppen wird hier in Gruppen mit bis zu 25 Kindern ein einzelnes behindertes Kind integriert.

Abteilung Soziales

Zahl: Va-888-487/6 vom 4. September 2006

53.

Erdverlegte Heizöltanks und das Tiroler Heizungsanlagengesetz

Aus gegebenem Anlass wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 21 Abs. 2 in Verbindung mit § 29 Abs. 1 des Tiroler Heizungsanlagengesetzes 2000 Anlagen zur Lagerung und Leitung flüssiger Brennstoffe bei erdverlegten Brennstofflagerbehältern samt der dazugehörigen Leitungsanlagen seit 1. Oktober 2005 doppelwandig auszuführen oder durch doppelwandige Behälter bzw. Leitungen zu ersetzen und mit einer Leckwarneinrichtung auszustatten sind.

Das gemeinsam mit den Abteilungen Wasserwirtschaft und Emissionen Sicherheitstechnik Anlagen ausgearbeitete Informationsblatt (Diagramm und Legende) für Anlagen im Bereich von Haushalten und sonstigen nicht gewerblichen Anlagen kann über die Abteilung Wasser-, Forst- und Energierecht angefordert werden.

Abteilung Wasser-, Forst- und Energierecht
Zahl: IIIa1-W-069/4 vom 19. Oktober 2006

INFORMATION ZUR AUFLASSUNG VON EINWANDIGEN ERDVERLEGTEN HEIZÖLTANKS

(1) **Gesetzliche Grundlagen:** Gemäß § 21 Abs. 2 in Verbindung mit § 29 Abs. 1 des Tiroler Heizungsanlagengesetzes 2000 sind Anlagen zur Lagerung und Leitung flüssiger Brennstoffe bei erdverlegten Brennstofflagerbehältern samt der dazugehörigen Leitungsanlagen bis zum 1. Oktober 2005 doppelwandig auszuführen oder durch doppelwandige Behälter bzw. Leitungen zu ersetzen und mit einer Leckwarneinrichtung auszustatten.

(2) **Zielgruppe:** Alle erdverlegten, einwandigen Brennstofflagerbehälter.

(3) **Zuständige Behörde** ist gemäß § 24 des Heizungsanlagengesetzes und § 31a Abs. 4 des Wasserrechtsgesetzes 1959 der Bürgermeister, in Schutz- und Schongebieten sowie bei Gefahr einer Gewässerverunreinigung die jeweilige Bezirksverwaltungsbehörde.

(4) **Druckprüfung:** Diese ist für Lagerbehälter mit 0,3 bar und für produktführende Leitungen mit 2 bar Luftdruck durchzuführen. Undichtheiten sind der Behörde zu melden.

(5) **Beprobung:** Wenn der Füllstutzen im Domschacht angeordnet ist und der Domschacht nicht aufgeschweißt wurde sowie bei undichten Füllschächten ist im Bereich des Domschachtes das Erdreich in einem Durchmesser von ca. 2 m kegelförmig nach Innen bis zum Tank abzugraben. Das daraus gewonnene Aushubmaterial ist gemäß den technischen Grundlagen für die Methoden der Er-

kundung, Bewertung und Sanierung von mit flüssigen Kohlenwasserstoffen (Mineralöl) belasteten Böden des Bundesministeriums für Umwelt und Wasserwirtschaft (ISBN 3-85457359-6) zu beproben. Eine Überschreitung der Grenzwerte ist der Behörde zu melden.

(6) **Überfahrbare Flächen:** Das sind (auch unbefestigte) Flächen, die von Fahrzeugen befahren werden können.

(7) **Wiederbefüllschutz:** Es handelt sich hierbei um Maßnahmen, die ein Wiederbefüllen des Tankes mit Mineralölen wirksam verhindern (z. B. Verschweißen des Füllstutzens).

(8) **Einschlämmen:** Verfüllen mit Magerbeton, Sand oder Schotter bis zum Scheitel des Tankes.

(9) **Sanierung:** Diese ist gemäß den technischen Grundlagen für die Methoden der Erkundung, Bewertung und Sanierung von mit flüssigen Kohlenwasserstoffen (Mineralöl) belasteten Böden des Bundesministeriums für Umwelt und Wasserwirtschaft (ISBN 3-85457359-6) von einem Fachkundigen durchzuführen.

(10) **Die Fertigstellungsmeldung** samt Bestätigung und/oder Dokumentation hat grundsätzlich an den Bürgermeister zu erfolgen. Bei Grundwassergefährdung und innerhalb von Schutz- und Schongebieten (in einem wasserrechtlichen Verfahren) an die jeweilige Bezirksverwaltungsbehörde.

54.

Datenschutzrechtliche Beurteilung der Übermittlung von personenbezogenen Daten durch eine Gemeinde an Dritte

Zur Ausgangslage:

Eine Gemeinde beabsichtigt im Zuge der Umbenennung von Straßen bzw. der Neu bezifferung der Hausnummern bestimmten Banken, Versicherungsinstituten, Firmen, etc. zu Servicezwecken einen Datenträger mit den Namen der Gemeindebürger und deren neue Adressen zur Verfügung zu stellen.

Zur rechtlichen Beurteilung:

Gemäß der Verfassungsbestimmung des § 1 Abs. 1 des Datenschutzgesetzes 2000 (DSG 2000), BGBl. I Nr. 165/1999, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 13/2005, hat jedermann, insbesondere auch im Hinblick auf die Achtung des Privat- und Familienlebens, Anspruch auf Geheimhaltung der ihn betreffenden personenbezogenen Daten, soweit ein schutzwürdiges Interesse daran besteht. Das Bestehen eines solchen Interesses ist ausgeschlossen, wenn Daten infolge ihrer allgemeinen Verfügbarkeit oder wegen ihrer mangelnden Rückführbarkeit auf den Betroffenen einem Geheimhaltungsanspruch nicht zugänglich sind. Soweit die Verwendung von personenbezogenen Daten nicht im lebenswichtigen Interesse des Betroffenen oder mit seiner Zustimmung erfolgt, sind nach § 1 Abs. 2 leg. cit. Beschränkungen des Anspruchs auf Geheimhaltung nur zur Wahrung überwiegender berechtigter Interessen eines anderen zulässig, und zwar bei Eingriffen einer staatlichen Behörde nur aufgrund von Gesetzen, die aus den in Art. 8 Abs. 2 EMRK genannten Gründen notwendig sind.

Die einfachgesetzlichen Bestimmungen des DSG 2000, die das Grundrecht auf Datenschutz näher ausführen, lauten auszugsweise:

„Zulässigkeit der Verwendung von Daten

§ 7. (1) *Daten dürfen nur verarbeitet werden, soweit Zweck und Inhalt der Datenanwendung von den gesetzlichen Zuständigkeiten oder rechtlichen Befugnissen des jeweiligen Auftraggebers gedeckt sind und die schutzwürdigen Geheimhaltungsinteressen der Betroffenen nicht verletzen.*

(2) *Daten dürfen nur übermittelt werden, wenn*

1. *sie aus einer gemäß Abs. 1 zulässigen Datenanwendung stammen und*

2. *der Empfänger dem Übermittelnden seine ausreichende gesetzliche Zuständigkeit oder rechtliche Befugnis – soweit diese nicht außer Zweifel steht – im Hinblick auf den Übermittlungszweck glaubhaft gemacht hat und*

3. *durch Zweck und Inhalt der Übermittlung die schutzwürdigen Geheimhaltungsinteressen des Betroffenen nicht verletzt werden.*

(3) *Die Zulässigkeit einer Datenverwendung setzt voraus, dass die dadurch verursachten Eingriffe in das Grundrecht auf Datenschutz nur im erforderlichen Ausmaß und mit den geringsten zur Verfügung stehenden Mitteln erfolgen und dass die Grundsätze des § 6 eingehalten werden.*

Schutzwürdige Geheimhaltungsinteressen bei Verwendung nicht-sensibler Daten

§ 8. (1) *Gemäß § 1 Abs. 1 bestehende schutzwürdige Geheimhaltungsinteressen sind bei Verwendung nicht-sensibler Daten dann nicht verletzt, wenn*

1. *eine ausdrückliche gesetzliche Ermächtigung oder Verpflichtung zur Verwendung der Daten besteht oder*

2. *der Betroffene der Verwendung seiner Daten zugestimmt hat, wobei ein Widerruf jederzeit möglich ist und die Unzulässigkeit der weiteren Verwendung der Daten bewirkt, oder*

3. *lebenswichtige Interessen des Betroffenen die Verwendung erfordern oder*

4. *überwiegende berechtigte Interessen des Auftraggebers oder eines Dritten die Verwendung erfordern.“*

Die Übermittlung von nicht-sensiblen personenbezogenen Daten ist somit nur unter folgenden kumulativen Voraussetzungen möglich:

1) Die Gemeinde kann sich als datenschutzrechtliche Auftraggeberin auf ihre gesetzliche Zuständigkeit oder rechtliche Befugnis, somit auf eine **taugliche Rechtsgrundlage** zur Verarbeitung der Daten stützen und

2) Durch die Verarbeitung und Übermittlung werden schutzwürdige Geheimhaltungsinteressen der Betroffenen nicht verletzt, was insbesondere dann der Fall ist, wenn die Betroffenen der Verwendung ihrer Daten **zustimmen**.

Zur tauglichen Rechtsgrundlage:

Die Gemeinde beabsichtigt den Namen und die neue Adresse der Gemeindebürger im Sinn der Zusammenstellung eines Datenträgers zur Informierung von Banken, Versicherungen, etc. zu verarbeiten. Hierfür sind grundsätzlich drei potentielle Rechtsgrundlagen erkennbar:

1) **Meldegesetz 1991**, BGBl. Nr. 9/1992, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 45/2006. Gemäß § 14 leg. cit. haben die Meldebehörden **lokale Melderegister** zu führen

und sind dabei ermächtigt, mit den Daten eines angemeldeten Menschen Hinweise auf Verwaltungsverfahren (Behörde, Aktenzeichen, Datum der Speicherung) zu verarbeiten. Unter Meldedaten sind insbesondere der Familien- und Vornamen, das Geburtsdatum sowie der Hauptwohnsitz eines Menschen zu verstehen (vgl. § 9 leg. cit.).

Sinn und Zweck der Meldepflicht – und in weiterer Folge der Verarbeitung der Meldedaten in Melderegistern – sind darin gelegen, eine eindeutige örtliche Zuordnung der in Österreich niedergelassenen Personen zu ermöglichen. Darüber hinaus dürfen die Gemeinden Meldedaten zu internen Verwaltungszwecken verarbeiten. Eine Ermächtigung zur Verarbeitung der Daten im Sinn der Zusammenstellung eines Datenträgers zur Informierung von Banken, Versicherungen, etc. im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung lässt sich hieraus nicht ableiten. Dass die Möglichkeit besteht, von der Meldebehörde Meldeauskünfte oder Meldebestätigungen zu verlangen, ändert daran nichts, weil es sich diesbezüglich bereits um eine Übermittlung der Meldedaten und nicht um die – hier interessierende – vorangeschaltene Verarbeitung derselben handeln würde.

2) **Telekommunikationsgesetz 2003**, BGBl. I Nr. 70/2003, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 133/2005. Gemäß § 18 Abs. 1 Z. 1 haben Betreiber eines öffentlichen Telefondienstes ein auf aktuellem Stand zu haltendes Verzeichnis ihrer Teilnehmer zu führen, welches in gedruckter Form (Buch), als telefonischer Auskunftsdienst, als elektronischer Datenträger oder in einer anderen technischen Kommunikationsform gestaltet sein kann und jedenfalls die nach § 69 Abs. 3 ermittelten Daten (Familienname, Vorname(n), akademischer Grad, Adresse, Teilnehmernummer und, sofern der Teilnehmer dies wünscht, die Berufsbezeichnung) zu enthalten hat.

Name und Adresse der in einem Telefonbuch verzeichneten Bürger sind grundsätzlich für jedermann zugänglich, somit allgemein verfügbar im Sinn des § 1 DSGVO 2000. Ein Verarbeiten dieser Daten zur Erstellung von Kunden- oder Informationslisten, etc. ist aber von vornherein nur für den Anbieter des Kommunikationsdienstes, konkret den Betreiber des Telefondienstes, möglich und würde im Übrigen die Zustimmung der Betroffenen voraussetzen. Die Gemeinde dürfte kein solcher Anbieter sein und kann sich bei der Verarbeitung von Daten daher nicht auf die im Telekommunikationsgesetz 2003 eingeräumte Ermächtigung stützen.

3) **Gewerbeordnung 1994**, BGBl. I Nr. 165/1999, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 13/2005. Gemäß § 151 leg. cit. sind Adressverlage und Direktmarketingunter-

nehmen berechtigt, Daten aus öffentlich zugänglichen Informationen, durch Befragung der Betroffenen, aus Kunden- und Interessentendateien Dritter oder aus Marketingdateien anderer Adressverlage und Direktmarketingunternehmen zu ermitteln und zu bestimmten Zwecken zu verwenden. Unter solchen Daten sind auch der Name und die Anschrift einer Person zu verstehen. Da die Gemeinde aber auch nicht zur Ausübung des Gewerbes der Adressverlage und Direktmarketingunternehmen berechtigt sein dürfte, vermag sie sich auch auf diese Rechtsgrundlage nicht zu stützen.

Bei der geplanten Datenverwendung handelt es sich um einen Akt der Privatwirtschaftsverwaltung, insofern muss die taugliche Rechtsgrundlage nicht zwingend in einer gesetzlichen Ermächtigung oder Verpflichtung gelegen sein. In Betracht kommen z. B. auch Gesellschaftsverträge von Unternehmen oder Richtlinien der Landesregierung zur Vergabe und Abwicklung von Förderungen. Eine solche außerhalb einer gesetzlichen Ermächtigung gelegene Grundlage, die eine rechtliche Befugnis der Gemeinde zur beschriebenen Datenverarbeitung indizierte, kann gegenständig aber nicht erblickt werden.

Zur Verletzung schutzwürdiger Geheimhaltungsinteressen der Betroffenen:

Schutzwürdige Geheimhaltungsinteressen werden insbesondere dann nicht verletzt, wenn die Betroffenen der Verwendung ihrer personenbezogenen Daten zustimmen, wobei diese Zustimmung angesichts der Verwendung nicht-sensibler Daten auch konkludent erfolgen könnte. Da es sich um einen privaten Auftraggeber handelt und der Zustimmungsakt somit keinen öffentlich-rechtlichen sondern einen zivilrechtlichen Charakter aufweist (vgl. Duschanek in Korinek/Holoubek, Bundesverfassungsrecht, Rz. 46f zu § 1 DSGVO) sind die jeweils empfangsbedürftigen Willenserklärungen der Gemeinde bzw. der Bürger nach den § 862 ff ABGB zu beurteilen. Nach der ständigen Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofes muss eine Willenserklärung zugegangen sein, um wirksam zu werden, was dann der Fall ist, wenn sie in den Machtbereich des Empfängers gelangt, so dass sich dieser unter normalen Umständen von ihrem Inhalt Kenntnis verschaffen kann. Gemäß § 60 Abs. 1 der Tiroler Gemeindeordnung 2001 sind Verordnungen von Gemeindeorganen und Rechtsakte, die einer aufsichtsbehördlichen Genehmigung bedürfen, sowie alle an die Allgemeinheit gerichteten Mitteilungen, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, unverzüglich durch öffentlichen Anschlag

a) an der Amtstafel der Gemeinde für die Dauer von zwei Wochen und

b) in sonst ortsüblicher Weise kundzumachen.

Ob unter „an die Allgemeinheit gerichtete Mitteilungen“ auch datenschutzrechtliche Zustimmungserklärungen zu subsumieren sind ist fraglich, wird aber unter Berücksichtigung der Tatsache, dass mit Eingriffen in das Grundrecht auf Datenschutz verbundene Erklärungen in der Praxis regelmäßig nur in Verträgen (bzw. im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung in vorgedruckten Förderungsansuchen oder Anträgen) aufscheinen und sich somit unmittelbar an einen konkreten Adressaten richten, zu verneinen sein. Eine Kenntnisnahme unter normalen Umständen im Sinn der für den Datenschutzbereich geltenden Verkehrsauffassung würde demnach nicht vorliegen. Ein weiteres Problem wäre darin gelegen, dass die Zustimmung zwar konkludent sein kann, dem Schweigen nach der Rechtsprechung des OGH grundsätzlich aber kein Erklärungswert beigemessen wird und insbesondere nicht als Zustimmung gilt. Demnach wäre es auch bedeutungslos, wenn jemand dem bzw. den Empfänger(n) einer Erklärung mitteilt, er werte dessen Schweigen nach Ablauf einer bestimmten Frist als Einverständnis.

Letztlich ist die Frage, ob und gegebenenfalls in welcher Form eine solche Zustimmungserklärung im Wege

der Amtstafel oder der Gemeindezeitung erfolgen kann, aber bloß theoretischer Natur, weil die Gemeinde schon über keine taugliche Rechtsgrundlage zur prinzipiellen Verarbeitung der Daten verfügt und die Voraussetzungen nach § 7 DSGVO 2000 kumulativ vorzuliegen haben.

Im Ergebnis dürfte die Gemeinde I über keine rechtliche Befugnis zur Verarbeitung der personenbezogenen Daten (hier Name und Adresse) im Sinn der Zusammenstellung eines Datenträgers zur Informierung von Banken, Versicherungen, etc. verfügen. Die Frage, ob in weiterer Folge eine Zustimmung der Betroffenen im Wege der Amtstafel oder der Gemeindezeitung eingeholt werden könnte, spielt vor diesem Hintergrund keine entscheidende Rolle mehr, wäre aber nach Auffassung des SG Verwaltungsentwicklung grundsätzlich zu verneinen. Zulässig ist, dass die Gemeinde den Banken, Versicherungen, etc. eine Datei mit einer Gegenüberstellung der alten und der neuen Adressbezeichnungen zur Verfügung stellt. Die Empfänger müssten dann ihre Kundendateien entsprechend abgleichen und berichtigen, was mit keinem großen Aufwand verbunden sein dürfte.

Dr. Werner Pilgermair, Sachgebiet Verwaltungsentwicklung
Zahl: VEntw-DS-1/85 vom 1. September 2006

55.

Hinweis:

mobile – Impulse für eine nachhaltige Mobilität

Die Abteilung Verkehrsplanung hat mit dem heurigen Jahr mit der Auflage einer neuen Broschüre begonnen. Zielgruppe dieser Broschüre sind vor allem Gemeinden. Die erste Ausgabe von „mobile“ befasste sich mit Geschwindigkeitsbeschränkungen im Ortsgebiet, die zweite nun erschienene Ausgabe gibt Tipps und Hinweise zur sicheren Ausgestaltung von Schutzwegen.

Die Broschüre ist auf Anfrage bei der Abteilung Verkehrsplanung sowie unter dem Download <http://www.tirol.gv.at/themen/verkehr/verkehrsplanung/publikationen/> erhältlich.

Unter diesem Download sind auch weiterführende wissenschaftliche Arbeiten zu diesen Themen vorhanden. Es ist geplant, diese Reihe nächstes Jahr mit den Themen Radverkehr und Haltestellenausstattung fortzusetzen.

Für weitere Fragen steht Ihnen Dipl.-Ing. Ekkehard Allinger-Csollich, Abt. Verkehrsplanung, gerne zur Verfügung.

Abteilung Verkehrsplanung
Zahl: VIb4-0.166/964-06 vom 24. Oktober 2006

56.

Beleuchtung von Schutzwegen – Förderoffensive des Landes Tirol

Betrachtet man die Unfallstatistik der vergangenen zehn Jahre, so zeigt sich, dass die Anzahl der Unfälle auf Schutzwegen kontinuierlich ansteigt. Vom Unfallgeschehen betroffen sind insbesondere Kinder und Jugendliche sowie ältere Menschen.

Nahezu 40% der Unfälle mit Fußgängerbeteiligung auf Schutzwegen ereignen sich bei beeinträchtigten Lichtverhältnissen (Dämmerung, Dunkelheit, künstlicher Beleuchtung).

Diese Tatsache hat die Abteilung Verkehrsrecht des Amtes der Tiroler Landesregierung in Zusammenarbeit mit der Abteilung Verkehrsplanung dazu veranlasst, die „Schutzwegaktion für Tiroler Gemeinden“ ins Leben zu rufen.

Für die Installierung einer Schutzwegbeleuchtung, welche die Anforderungen gemäß den einschlägigen Normen und Richtlinien erfüllt, wird aus Mitteln des Verkehrssicherheitsfonds ein Förderbetrag von insgesamt € 100.000,- zur Verfügung gestellt.

Gefördert werden 50% der nachgewiesenen Kosten für die Anschaffung des (neuen) Beleuchtungskörpers, max. jedoch € 1.500,- je Schutzweg. Die Aufrüstung bzw. Verbesserung einer bestehenden Schutzwegbeleuchtung wird im Rahmen dieser Aktion nicht unterstützt.

Unter Berücksichtigung der begrenzt zur Verfügung stehenden Fördermittel ist auch eine pauschale Kosten-

beteiligung bzw. eine Reihung nach gebotener Dringlichkeit möglich. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn in einer Gemeinde für mehrere Schutzwege Fördermittel beantragt werden.

Hinsichtlich Gestaltung der Schutzwege und der Anforderung an die Beleuchtung wurde von der Abteilung Verkehrsplanung ein eigener „Schutzweg-Leitfaden“ erstellt. Zudem beschäftigt sich die zweite Ausgabe der neuen Schriftenreihe „mobile“ mit diesem Thema. Ab Montag, den 23. Oktober, können diese Publikationen unter nachstehender Adresse abgerufen werden: www.tirol.gv.at/themen/verkehr/verkehrsplanung/publikationen/

Ein Förderungsantrag kann bis spätestens Freitag, den 1. Dezember 2006 bei der Abteilung Verkehrsrecht des Amtes der Tiroler Landesregierung eingebracht werden. Das Formular ist über die Abteilung Verkehrsplanung erhältlich. Die Einbringung des Antrages kann sowohl im Wege elektronischer Datenübertragung (E-Mail) als auch durch Telefax vorgenommen werden. Die Adresse bzw. die Faxnummer findet sich auf dem Formular.

Nach dem Einlangen sämtlicher Anträge erfolgt in Absprache mit der betroffenen Gemeinde eine Bereisung, anlässlich welcher nach Möglichkeit sofort über die Zuerkennung einer Förderung entschieden wird.

Abteilung Verkehrsrecht
E-Mail vom 19. Oktober 2006

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR SEPTEMBER 2006

(vorläufiges Ergebnis)

	August 2006 (endgültig)	September 2006 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	101,9	101,7
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	112,7	112,5
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	118,6	118,4
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	155,1	154,8
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	241,1	240,6
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	423,1	422,3
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	539,1	538,0
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	540,8	539,7

Der Index der Verbraucherpreise 2005 (Basis: Durchschnitt 2005 = 100) für den Kalendermonat September 2006 beträgt 101,7 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für August 2006 um 0,2% rückläufig (August 2006 gegenüber Juli 2006: +0,3%). Gegenüber September 2005 ergibt sich eine Steigerung um 1,4% (August 2006/2005: +1,8%).

**Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.**

MEDIENINHABER (VERLEGER):
Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Helmut Praxmarer

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck